



26.10.2016 – 18:00 Uhr

ikr: Stabsstelle für Chancengleichheit präsentiert Erhebung zu Frauen in Führungspositionen

Vaduz (ots/ikr) -

Das Interreg-Projekt "betrifft: Frauen entscheiden" wurde im Jahr 2015 von den Gleichstellungsstellen des Fürstentums Liechtenstein, des Landes Vorarlberg und des Kantons Graubünden lanciert und wird bis Ende 2017 umgesetzt. Gemeinsam mit Regierungsrat Mauro Pedrazzini präsentierten Isolde Meier, Mitarbeiterin der Stabsstelle für Chancengleichheit, sowie Eva Häfele, Autorin der Erhebung, nun die Ergebnisse dieser zum Projekt gehörenden Analyse zum Thema Frauen in Führungspositionen.

Im Rahmen des Interreg-Projekts "betrifft: Frauen entscheiden" wurden zwei Datenerhebungen sowie Massnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen vorgestellt. Sozialwissenschaftlerin Eva Häfele zeichnet für beide Datenerhebungen verantwortlich. Die erste Erhebung mit dem Titel "Anteil von Frauen in Entscheidungspositionen" befasst sich mit Daten zur Vertretung von Frauen und Männern in Entscheidungs- und Führungspositionen in den Bereichen Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Soziales, Medien, Bildung/Wissenschaft und Sport und Kultur. Die zweite, mit dem Titel "Anteil der Frauen und Männer in den Medien" beleuchtet die Medienpräsenz von Frauen und Männern in von der Autorin ausgesuchten Medien der drei Länder.

Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass Frauen weder in den Entscheidungs- und Führungspositionen noch in der Medienberichterstattung im selben Ausmass wie Männer vertreten sind, dies insbesondere bei den Führungs- und Entscheidungspositionen im Bereich Wirtschaft. "Die Wirtschaft ist in den drei untersuchten Regionen eine klare Männerdomäne. Die Tendenzen sind zwar positiv, aber es ist ein Ziel, die Barrieren, welche Frauen den Zugang zu Führungs- und Entscheidungspositionen erschweren, abzubauen", fasste Gesellschaftsminister Pedrazzini die gemeinsamen Bestrebungen zusammen. Immerhin - in allen drei Ländern ist bei Führungspositionen in Wirtschaftsunternehmen mit Landesbeteiligung ein etwas höherer Frauenanteil als in der Privatwirtschaft feststellbar. Auch in staatlichen Kommissionen und Beiräten lässt sich ein wachsender Frauenanteil feststellen. Dies zeigt, dass in den staatlichen und staatsnahen Bereichen durch gezielte Massnahmen die Präsenz von Frauen in Entscheidungspositionen bereits deutlich erhöht werden konnte.

Neue Massnahmen angekündigt

Um der ausgewogenen Repräsentanz von Frauen und Männern in Entscheidungspositionen einen Schritt näher kommen zu können, wurde ein gemeinsamer Massnahmenkatalog entwickelt.

Das Angebot wurde von Isolde Meier bei der Medienkonferenz präsentiert. Diese äusserte sich zum Projektstand folgendermassen: "Ich denke, wir sind mit 'betrifft: Frauen entscheiden' auf dem Weg, aber vom Ziel weit entfernt."

Am Nachmittag des 5. Novembers wird im Vorarlberger Landtag in Bregenz das erste länderübergreifende Mädchenparlament tagen. 90 Mädchen werden dort ihre Themen diskutieren und ihre Anliegen an die Politik formulieren. Für die Teilnahme am Mädchenparlament konnten auf Liechtensteiner Seite 18 Mädchen von weiterführenden Schulen begeistert werden. Nach getaner Arbeit werden die Anliegen in Form von Petitionen an die anwesenden Politikerinnen und Politiker übergeben werden.

Für politikinteressierte Frauen sind neben dem bereits bewährten Politiklehrgang für Frauen, der in diesem Jahr bereits zum 13. Mal angeboten wird, vertiefende Workshops geplant. Diese werden in Vorarlberg ab April 2017, in Chur ab Oktober 2017 angeboten werden. Die Workshops sollen Frauen konkret auf ihre Arbeit in der Politik vorbereiten. Sie behandeln eine breite Vielfalt an Themen wie den Umgang mit Öffentlichkeit und Medien, Konfliktmanagement oder auch den Gebrauch von sozialen Medien. Im Herbst 2017, gegen Ende des Projekts "betrifft: Frauen entscheiden", wird dann erstmals ein länderübergreifendes Fachsymposium stattfinden. Es wird sich an Mitarbeitende von Fachstellen aus den Gleichstellungsbereichen, an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, an Forschende, Medienschaffende und generell an alle Personen, die an Gleichstellungsarbeit interessiert sind, richten.

Kontakt:

Ministerium für Gesellschaft
Sandro D'Elia, Generalsekretär
T +423 236 60 10